



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 25.11.2020

KLIMASCHUTZ

Gebäudesanierungen für den Klimaschutz



📷 © dpa

Umweltminister Franz Untersteller hat beim Herbstforum Altbau in Stuttgart für die energetische Sanierung von bestehenden Wohngebäuden geworben. Eine gute Sanierung ist für den Klimaschutz entscheidend und lohnt sich auch wirtschaftlich.

Umweltminister Franz Untersteller hat beim digitalen Herbstforum Altbau dafür geworben, beim Klimaschutz nicht nur die gesetzlichen Mindeststandards zu erfüllen. „Das reicht nicht“, sagte Untersteller, „um die schädlichen Treibhausgasemissionen massiv einzusparen. Dazu brauchen wir auch die Bereitschaft und den Einsatz jeder einzelnen Eigentümerin und jedes einzelnen Eigentümers. Nur mit einem außerordentlichen Sanierungseifer werden wir bei der Energiewende und beim Klimaschutz entscheidend vorankommen. Und das macht sich auch wirtschaftlich bezahlt.“

In seiner Rede hob Untersteller hervor, dass das Land mit dem neuen Klimaschutzgesetz wesentliche Weichenstellungen gesetzlich verankert habe, um den Klimaschutz voranzutreiben. Besonders in Bezug auf konkrete Maßnahmen. „Die Pflicht, Photovoltaikanlagen beim Neubau von Nicht-Wohngebäuden und auf großen Parkplatzflächen zu installieren, ist ein entscheidender Schritt zum weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien im Land“, sagte der Minister. Er sei davon überzeugt, dass die Landesregierung die Photovoltaik-Pflicht in absehbarer Zeit auch auf neue Wohngebäude erweitern werde.

Außerdem verpflichte das Gesetz Stadtkreise und große Kreisstädte dazu, eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen. Die kommunale Wärmeplanung hat eine effiziente, klimaneutrale und damit zukunftsfähige Wärmeversorgung zum Ziel. „Die kommunale Wärmeplanung ist die notwendige Ergänzung zu den Anstrengungen, den Energiebedarf der einzelnen Gebäude durch Sanierung zu reduzieren“, sagte Untersteller. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Klimaschutzpolitik in Baden-Württemberg sei das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, mit dem der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung deutlich erhöht werden soll. „Das ist eine Erfolgsgeschichte“, fügte der Minister hinzu und werde immer wichtiger.

Photovoltaikanlagen oder Solarthermie bei Dachsanierungen

Erst recht, wenn die Kommission der Europäischen Kommission beim Kohlenstoffdioxid-Ausstoß die Einsparziele bis 2030 auf 55 Prozent (im Vergleich zu 1990) erhöhen werde. „Beim Gebäudebestand liegen große Potenziale, die wir angehen müssen, weil er fast 30 Prozent der Kohlenstoffdioxid-Emissionen im Land verursacht“, betonte der Umweltminister. Das bedeute ganz konkret, dass bei Dachsanierungen auch gleich Photovoltaikanlagen oder Solarthermie eingebaut werden. Dass die Dämmstärke bei einer Fassadenerneuerung nicht nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllt. Und dass bei einer neuen Heizung auf eine Zwischenlösung wie eine Gastherme verzichtet und stattdessen gleich eine neue klimafreundliche Pelletheizung angeschafft wird.

„Klimaschutz bei der Sanierung muss nicht teurer sein“, hob Umweltminister Untersteller hervor. Wichtig seien Anreize. Das Umweltministerium biete deshalb ein breites Förderangebot an. Ein Beispiel sei das Förderprogramm Klimaschutz-Plus, mit dem unter anderem Maßnahmen zur energetischen Sanierung und Prozesse zur Qualifizierung und Information gefördert werden. Mit der Neuauflage werde Klimaschutz-Plus bald um wichtige Fördertatbestände reicher: „Wir wollen damit Bürgerinnen und Bürger motivieren, konkrete klimaschutzrelevante Maßnahmen anzugehen.“ Daneben stelle die KfW attraktive Förderprogramme für Sanierungen bereit.

[Umweltministerium: Neubau und Gebäudesanierung](#)